

Ausblick 2014 der SVP Thurgau

Von Kantonsrat und Parteipräsident Ruedi Zbinden, Mettlen

Die Agenda 2014 wird einiges an politischen Themen bringen. Meine drei Schwerpunkte sind:

Sicherheit

Das Thema Sicherheit wird nach dem sehr klaren Abstimmungsresultat, mit 80.7% JA zur Wehrpflicht, erneut im Jahr 2014 mit der Frage Ja zum Gripen vom Volk entschieden. Die Sicherheit ist uns sehr wichtig, eine Armee braucht eine starke Luftwaffe auf die man sich verlassen kann! Daher werden wir an vorderster Front mitwirken, um dieses Ziel zu erreichen.

Wahlen 2015

Für die Wahlen 2015 laufen die Vorbereitungen auf Hochtouren. Unser Ziel ist es, die 3 Sitze im Nationalrat und den Sitz im Ständerat zu halten. Unsere Bundesparlamentarier leisten hervorragende Arbeit und setzen sich sehr zum Wohle des Kantons Thurgau ein. Wir werden eine starke Liste präsentieren um so den Wählerinnen und Wähler eine hervorragende Auswahl anzubieten!

Bevölkerungswachstum

Die Bevölkerungszunahme ist ein Thema, das alle zu spüren bekommen: beim Landverbrauch, beim Wohnungsmarkt, im ÖV und auf der Strasse. Der Abstimmungskampf zum Thema Masseneinwanderung ist am Laufen. Es ist dabei wichtig, eine Gesamtbetrachtung zu machen und nicht nur die kommerziellen Argumente in den Vordergrund zu stellen.

Im Thurgau hat die Bevölkerung seit 2005 um 20'616 Personen zugenommen. Das ist die Grösse der Stadt Kreuzlingen! Pro Jahr wächst der Thurgau um ca. 3000 Personen. Für diese Personen braucht es Wohn- und Lebensraum. Über die ganze Schweiz betrachtet beträgt die Zunahme jedes Jahr rund 80'000 Personen.

In Bern wird diskutiert, dass im Bremgartenwald in Zukunft 43 ha Waldfläche als Wohnzone genutzt werden sollen. Sind das die Opfer die wir für die Zuwanderung bringen müssen? Die SVP hat gegen die „Waldstadt Bremer“ eine Initiative eingereicht!

Die SVP erhebt frühzeitig den Mahnfinger:

Die SVP will auch in Zukunft einen lebenswerten Kanton Thurgau, in dem das Wohnen und Leben bezahlbar bleibt! Darum muss die Zuwanderung mit einem Ja am 9. Februar zur Initiative „gegen Masseneinwanderung“ wieder regulieren werden.